

## CDU

### Christlich Demokratische Union Deutschlands

**Parteivorsitzende/r** [Friedrich Merz](#)

**GeneralsekretärIn** Paul Ziemiak

**Hauptsitz** Konrad-Adenauer-Haus,  
Klingelhöferstraße 8, Berlin

**Mitglieder** ca. 405.816 (Stand: Ende 2019)<sup>[1]</sup>

**Webadresse** [www.cdu.de](http://www.cdu.de)

#### Inhaltsverzeichnis

1 Positionen .....	1
1.1 Bundestagswahl 2021 .....	1
1.2 Bundestagswahl 2017 .....	1
1.3 Bundestagswahl 2013 .....	2
1.4 Bundestagswahl 2009 .....	2
2 Finanzierung .....	3
2.1 Top-Spender .....	3
2.2 Gesamteinnahmen .....	4
3 Wirtschaftsrat der CDU .....	4
4 Weiterführende Informationen .....	5
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus .....	5
6 Einzelnachweise .....	5

## Positionen

### Bundestagswahl 2021

Weder im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 noch im Grundsatzprogramm der CDU werden Fragen von Lobbyismus und Transparenz behandelt. Die Union hat jedoch in der 19. Legislatur gemeinsam mit der SPD nach großen Skandalen in der Union ein Lobbyregister und Änderungen im Abgeordnetenrecht geschaffen, die wichtige Schritte hin zu mehr Transparenz bedeuten.

Hintergründe und ausführliche Informationen sind unter [Lobbyregister Deutschland](#) und [Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten in Deutschland](#) zu finden.

### Bundestagswahl 2017

Die Unionsparteien sind in Sachen Lobbykontrolle bisher vor allem durch Eines aufgefallen: eine strikte Verweigerungshaltung. Ob im Bundestag, in Anhörungen oder bei anderen Auftritten: Unionsvertreter/innen sagten immer wieder, es gäbe keinerlei Handlungsbedarf. Dabei stellten sie immer wieder nachweislich

falsche Behauptungen in den Raum. Zum Beispiel, dass Sponsoringeinnahmen der Parteien völlig transparent seien. Im gemeinsamen Wahlprogramm tauchen Themen wie Transparenz oder Schranken für Lobbyist/innen schlichtweg nicht auf.<sup>[2]</sup> In der zurückliegenden Wahlperiode und auch zuvor blockierte die Union nahezu alle Initiativen für mehr Lobbykontrolle. So vermochte sie in der Debatte um ein verpflichtendes Lobbyregister „kein Transparenzdefizit“ erkennen und lehnte dementsprechend eine bessere Regelung ab. Ausnahmen waren die mit der SPD im Koalitionsvertrag 2013 vereinbarten Vorhaben zur Karenzzeit und zur Abgeordnetenbestechung (siehe SPD), wobei die Union auch dabei auf möglichst schwache Regeln drängte.

Für sich entdeckte die Union nur einmal ein lobbykritisches Thema: Als im Wahlkampf 2013 die Nebeneinkünfte des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück für Wirbel sorgten, sparte die Union nicht mit Kritik. Im Ergebnis wurden die Stufen, anhand derer die Abgeordneten ihre Nebeneinkünfte offenlegen müssen, von drei auf zehn erweitert. Während des „Rent-a-Sozi“-Skandals (Ende 2016) um gekauften Zugang zu SPD-Spitzenpolitiker/innen hingegen hielt sich die Union bedeckt und verweigerte politische Konsequenzen. Das mag auch damit zusammenhängen, dass schon vor Jahren ähnliche Zugangsgeschäfte mit den CDU-Ministerpräsidenten Rüttgers und Tillich aufgefliegen waren.

Die Union setzte durch, dass Ex-Finanzminister Theo Waigel, der nach seinem Ausscheiden aus dem Amt in zahlreiche Lobbyjobs wechselte, Mitglied des dreiköpfigen Karenzzeit-Gremiums wurde. Dieses Gremium soll der Bundesregierung Empfehlungen zum Umgang mit eben solchen Seitenwechslern geben.

## Bundestagswahl 2013

---

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von [LobbyControl](#).<sup>[3]</sup>

- Fazit von [LobbyControl](#) zur Stellungnahme der Unionsparteien

CDU/ CSU positionieren sich klar gegen Transparenz und Schranken für Lobbyisten. Die Regulierungsvorschläge von [LobbyControl](#) halten sie entweder für nicht praktikabel oder für unnötig. Die Nebeneinkünfte sind der einzige Bereich, in dem sich Schwarz-Gelb in den vergangenen 4 Jahren unter dem Druck der [Steinbrück-Debatte](#) bewegt hat (vgl. auch unser [Lobbyreport 2013 zur schwarz-gelben Regierungszeit](#)). Weitere Verbesserungen strebt die Union allerdings nicht an.

Quelle: <sup>[4]</sup>

## Bundestagswahl 2009

---

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 bat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme. Sie sollten Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) <sup>[5]</sup>

- Das Fazit von [LobbyControl](#) zu den Auskünften von CDU und CSU lautete:

*Mit Transparenz und Schranken für Lobbyisten haben CDU/CSU nicht viel im Sinn. Die Regulierungsvorschläge von LobbyControl werden für entweder nicht praktikabel oder für unnötig gehalten.*

Quelle: <sup>[6]</sup>

## Finanzierung

Die CDU erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 150.786.032,07 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 71.286.700,18 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Damit ist die CDU mit großem Abstand Spitzenreiter vor allen anderen Parteien in Deutschland. Einnahmen der Schwesterpartei CSU sind darin nicht enthalten. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch **Parteisponsoring** zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

## Top-Spender

Die Topspender der CDU in den Jahren 2014-2018 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
<a href="#">DVAG</a> (Firmengeflecht)	1.376.500 €	Spenden von Deutscher Vermögensberatung AG, Deutsche Vermögensberatung Holding, Allfinanz Deutsche Vermögensberatung, Reinfried Pohl, UBG sowie Bundesverband Deutscher Vermögensberater
<a href="#">Gesamtmetall</a> (Regionalverbände und Bundesverband)	1.287.539 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Lüdenscheid, Unternehmensverband der Metall- und Elektroindustrie Sachsen sowie Verband der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie sowie Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie e.V.
Hans-Joachim Langmann (Merck KGaA, Hauck & Aufhäuser)	1.000 €	
Familie Dommermuth	700.000 €	Spenden von Judith, Philip und Ralph Dommermuth (United Internet)
	500.000 €	

Daimler	00	
	0	
	€	

Weitere Spender der CDU sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

## Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der CDU** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	37,74	25,62	37,57	23,98	37,77	26,03	38,75	25,64	39,37	28,7
Mandatsträgerbeiträge	20,74	14,08	20,09	12,82	19,44	13,39	17,53	11,6	17,2	12,6
Spenden von natürlichen Personen	12,11	8,22	22,58	14,41	15,13	10,45	20,06	13,28	12,14	8,9
Spenden von juristischen Personen	4,97	3,37	12,63	8,06	7,05	4,87	10,74	7,11	6,05	4,4
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,03	0,03	0,00	0,00	0,00	0,00
Aus sonstigem Vermögen	1,74	1,18	2,02	1,29	2,32	1,6	2,88	1,86	3,44	2,5
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	13,21	8,97	12,79	8,16	12,82	8,84	11,68	7,74	11,7	8,54
Staatliche Mittel	56,14	38,10	48,36	30,86	49,55	34,19	48,05	31,8	46,4	33,88
Sonstige	0,68	0,46	0,66	0,42	0,92	0,63	1,48	0,97	0,8	0,57
<b>Summe</b>	<b>147,3 Mio €</b>		<b>156,7 Mio €</b>		<b>144,83 Mio €</b>		<b>151,1 Mio €</b>		<b>137 Mio €</b>	

Quellen:<sup>[7]</sup>

## Wirtschaftsrat der CDU

Der [Wirtschaftsrat der CDU](#), eine Vorfeld-Organisation der CDU, ist eine wichtige Lobbyorganisation von unionsnahen Unternehmern. Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist.<sup>[8]</sup> Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei.

## Weiterführende Informationen

---

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

## Einzelnachweise

---

1. ↑ [Mitgliederzahlen der politischen Parteien in Deutschland am 31.12.2019](#), [statista.com](#), abgerufen am 19.03.2021
2. ↑ [Programm der Unionsparteien zur Bundestagswahl 2017](#), pdf (630 kB), abgerufen am 25.08.2017
3. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollen die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
4. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollen die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
5. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
6. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
7. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), [bundestag.de](#), abgerufen am 04.09.2017
8. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), [lobbycontrol.de](#) vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022